

## MEINUNG



## Ohne Einfluss

Stefan Scholl, Moskau,  
zum Nervengiftanschlag und den Wahlen in Russland

Die Russen glauben dem Westen nicht. Auf jeden Fall, wenn es um Politik geht. Und die meisten Russen sind fest überzeugt, britische oder amerikanische Geheimdienste steckten hinter dem Giftanschlag auf den russischen Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und dessen Tochter. Auch halbwegs liberale Politologen in Moskau vermuten, der Westen habe die grausame Attacke angezettelt, um Wladimir Putin am Vorabend der russischen Präsidentschaftswahlen in Schwierigkeiten zu bringen. Oder dass vielleicht doch russische Machtgruppen mitmischen, die bereits ein großes Spiel um die Nachfolge Wladimir Putins angefangen haben. Obwohl die frühestens in sechs Jahren aktuell wird, sobald die nächste Amtszeit des wiedergewählten Staatschefs zu Ende gegangen ist.

Tatsächlich wirkt sich die grausame Attacke von Salisbury nicht auf die russische Innenpolitik im Allgemeinen und auf die Wahlen am Sonntag im Besonderen aus. Schon jetzt zweifelt niemand, dass Wladimir Putin die Wahlen glatt gewinnen wird. Was keinen in Russland besonders erregt. Zum einen hat die TV-Propaganda ein verschwommen-verzerrendes Interface zwischen der Masse der Durchschnittsrußen und den Geschehnissen in der Welt hochgezogen, hinter der all jene Einzelheiten verschwinden, die der Staatsmacht störend vorkommen könnten. Keine russische Talkrunde diskutiert, dass an dem hochgiftigen Nervenstoff Salibury auch Kinder qualvoll hätten sterben kön-

nen. Zum anderen haben sich die Russen längst daran gewöhnt, dass sie so gut wie keinen Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen ihrer Führung haben. Und dass deren Folgen ihren eigenen, ziemlich sorgenvollen Alltag so gut wie nicht beeinflussen. Verschärfte britische Zollkontrollen für die elitären Passagiere vaterländischer Privatflugzeuge verschlagen Russen mit einem mittleren Monatsgehalt von umgerechnet 570 Euro wirklich nicht den Atem.

Auch jetzt versichern kleine Leute, die nie in England gewesen sind, die kleinen Leute in England seien doch eigentlich ganz vernünftig, nur die May und dieser Boris Johnson hätten einen Knall. Eigentlich finden die Russen England ziemlich cool, Wladimir Putin selbst kopiert seit Jahren mit großer Sorgfalt das Outfit Daniel Craigs in der Rolle James Bonds. Und die Reporter des staatlichen Sportfernsehens Match zeigen immer wieder ehrfurchtsvolle Sympathie für Chelsea und Manchester United – auch wenn beide verlieren.

Das einfache Russland ist davon überzeugt, dass es keinem Böses will. Und es ist außenpolitische Skandale gewöhnt, westliche Anschuldigungen von über dem Donbass abgeschossenen Passagiermaschinen, im olympischen Sotchi vertauschten Dopingproben oder Morden an Oppositionellen oder Journalisten. Um dieses Russland wirklich aufzuregen, müsste wohl im Londoner Stadtzentrum eine Salve Grad-Raketen sowjetischer Bauweise einschlagen.



## Sensible Daten

Holger Möhle, Berlin,  
zur Sicherheit bei der Fußball-WM

Es gibt Fans. Und es gibt Hooligans. Bei der Fußball-EM vor zwei Jahren in Frankreich schokten Schläger aus Russland, die mit einem kostenlosen Charterflug zum Spiel gegen England nach Marseille geflogen wurden, die Welt. Einige der Fans, später auf der Rückreise in Köln verhaftet, prahlten nach ihrer Schlacht: Englische Hools seien nur Mädchen.

Wenn in drei Monaten die Fußball-WM in Russland angepöfeln wird, wollen dortige Sicherheitsbehörden alles über Fans und Hooligans aus dem Ausland wissen – auch aus Deutschland. Eine Fußball-WM ist ein Hochsicherheitsereignis. Maximale Vorkehrungen gegen Terror, ebenso bestmöglicher Schutz vor möglichen Auftritten von Schlägertrupps, hofentlich auch vor solchen aus Russland. Eine Gewaltorgie wie

2016 sollte sich gerade nach dem Auftritt russischer Schläger in Marseille nicht wiederholen.

Wenn deutsche Sicherheitsbehörden auf Anfrage aus Russland Daten über gewaltbereite, womöglich auch bereits einschlägig verurteilte Gewalttäter, getarnt als Fußball-Fans, an das WM-Gastgeberland weitergeben, dient das der Sicherheit des Fußball-Festes. Sollte dabei aber der Datenschutz in Deutschland unterlaufen werden und sollten auch harmlose Fans, deren Daten ohne deren Wissen in der Datei „Gewalttäter Sport“ gespeichert sind, ins Visier geraten, ist das kritikwürdig und muss abgestellt werden. Die meisten Fans sind friedlich. Ihr Ruf wird durch eine vergleichsweise kleine Gruppe krimineller ramponiert. Gegen diese muss der Staat vorgehen, nicht gegen die echten Freunde dieses wunderbaren Spiels.



## Großbaustelle

Helge Matthiesen  
zur Situation der Pflegeversicherung

Die Verantwortlichen beschwichtigen, aber die Situation ist schwierig und wird weiter schwierig bleiben. Die Pflegeversicherung hat 2017 2,4 Milliarden Euro mehr ausgegeben als eingenommen. Dass sie diese Finanzlücke aus den Rücklagen schließt, ist nur vordergründig beruhigend. Die wurden zuletzt mit 6,92 Milliarden Euro beziffert. Die Kosten steigen, weil die Leistungen verbessert worden sind. Die Beiträge kletterten zuletzt ebenfalls, obwohl sich die Kassen durch den guten Beschäftigungsstand in Deutschland weiter füllen. Aber es steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen, und die Politik im Land ist sich weitgehend einig, dass es für Altenpfleger mehr Gehalt und bessere Arbeitsbedingungen geben soll. Vielleicht wird es vor diesem Hintergrund gelingen, bis 2022 – wie

angekündigt – die Beiträge stabil zu halten. Doch spätestens dann ist es vorbei mit der Ruhe, denn mehr und teurere Leistungen für mehr alte und kranke Menschen sind zu finanzieren. Der neue Gesundheitsminister Jens Spahn übernimmt eine Großbaustelle, die sich erst in 40 bis 50 Jahren schließen wird. Dann haben die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre das System durchlaufen. Wie es ihm gelingen soll, kurzfristige Wünsche und langfristige Notwendigkeiten in Einklang zu bringen, ist offen.

SPD und CDU haben im Wahlkampf ihr Wort gegeben, mehr für die Pflege zu tun. Das System operiert selbst in Zeiten einer guten Konjunktur schon am Limit. Die Pflegeversicherung war immer als Teilkasko-Lösung konzipiert. Dabei wird es bleiben. Mehr private Vorsorge wird nötig sein.



Nervengift

## Fans im Visier

### Grüne: Mängel bei Datenweitergabe vor der Fußball-WM in Russland

Von unserem Korrespondenten  
HOLGER MÖHLE

**BERLIN.** Unbehelligte Fußballfans könnten nach Befürchtungen der Grünen bei der Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer in Russland wegen Verstößen deutscher Sicherheitsbehörden gegen den Datenschutz ins Visier des autoritären Regimes geraten. Bereits 2017 wurden vor dem Confed-Cup in fünf Fällen Informationen aus der Datei „Gewalttäter Sport“, der sogenannten Hooligan-Datei, weitergeleitet, ohne die Personen selbst wie auch Datenschutzbeauftragte von Bund und Ländern zu unterrichten. Nach Auffassung des Bundesinnenministeriums besteht zu einer Information an Datenschutzbeauftragte nach dem Bundespolizeibeamtenengesetz allerdings keine Verpflichtung. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor, die dem General-Anzeiger vorliegt.

In diesem Fall handelte es sich um Hooligans, die bereits vorher als Gewalttäter aufgefallen waren. Nach Angaben der sportpolitischen Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Monika Lazar, landen aber auch Daten von Fans in der Hooligan-Datei, bei denen lediglich einmal die Personalien aufgenommen worden seien. Laut Bundesregierung liegen bei der

„Zentralen Informationsstelle Sport“ (ZIS) Anfragen russischer Sicherheitsbehörden mit Blick auf die Fußball-WM vor. Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz habe vor der Übermittlung personenbezogener Daten an russische Behörden aber gewarnt, „dass im Ergebnis eine pauschale präventive Übermittlung aus der Verbunddatei Gewalttäter Sport nicht in Betracht kommt“, heißt es in der Antwort. Bei der Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und der Uk-

### „Fußball-Fans geben ihre Grundrechte nicht am Stadiontor ab“

Monika Lazar  
Sportpolitische Sprecherin der Grünen

raine hätten deutsche Stellen wegen des mangelhaften Datenschutzes in der Ukraine Daten lediglich an den EU-Nachbarn Polen übermittelt.

Die Obfrau der Grünen im Bundestags-Sportausschuss, Lazar, sprach im Falle von Russland „von einer rechtswidrigen Datenweitergabe an ein autoritäres Regime“. Wichtige Schutzvorkehrungen, wie die vorherige Einschaltung der Datenschutzbeauftragten, seien damit nicht eingehalten worden. „Dies zeigt, dass der Schutz von sensiblen Informationen über Fans auch im Vorfeld der WM durch die

Bundesregierung kaum gewährleistet sein wird“, betonte Lazar. Die Grünen erwarten auch für die anstehende Fußball-WM eine solche Datenübermittlung mit Folgen für nicht gewalttätige Fußballfans aus Deutschland. „Wie wir wissen, reicht allein schon eine Personalfeststellung beim Fußball, um dort zu landen“, so Lazar. Die Grünen fordern, die Hooligan-Datei auf „eine saubere rechtsstaatliche Grundlage“ zu stellen. Lazar: „Für uns ist klar: Fußballfans geben ihre Grundrechte nicht am Stadiontor ab.“

In der Datei „Gewalttäter Sport“ sind aktuell die Daten von 10 000 Personen gespeichert, ohne dass der Grund für die Erfassung genannt ist. Die Landesregierung NRW hatte dagegen bereits 2014 Gründe oder Delikte, die zur Speicherung in der Hooligan-Datei führten, in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der damaligen Piraten-Fraktion aufgelistet. Demnach waren von damals rund 13 500 Personen, die bundesweit in der Datei erfasst waren, bei gut 1000 lediglich die Personalien festgestellt worden. Die Grünen im Bundestag fordern eine Reform der Datei „Gewalttäter Sport“. So müsse jeder informiert werden, der darin gespeichert sei. „Nur so kann man sich dagegen wehren, falls man zu Unrecht darin landet“, so Lazar.

## PRESSESTIMMEN

Zur Gesundheitspolitik schreiben die

### Nürnberger Nachrichten

■ Es liegt jetzt an Spahn und seinem Team, die schwammigen Vorhaben des Koalitionsvertrags mit Leben zu füllen. Man darf gespannt sein, wie er das macht. Er ist immerhin durchsetzungsstärker als sein Vorgänger und sicher bereit, öffentlichkeitswirksam um Unterstützung zu werben. Aber die Zeiten werden für Gesundheitspolitiker nicht leichter.

Den britisch-russischen Konflikt im Fall Skripal kommentiert die Londoner

### Times

■ Die Premierministerin hat nicht nur nach Moskau, sondern auch in Richtung der Nato-Allianz ein bedeutendes Signal ausgesendet, dass Russland auf dem Weg ist, ein Paria-Staat zu werden. (...) Dies ist ein Fall, in dem es um vitale Interessen der Nato geht. Es geht um die erste offensive Verwendung von Nervengift auf dem Territorium der Nato seit ihrer Gründung. Großbritannien sollte sich für eine Reaktion der gesamten Nato einsetzen.

## PERSONALIEN

■ Erstmals in der Geschichte von Rheinland-Pfalz geht ein amtierendes Kabinettsmitglied in Mutterschutz: Familienministerin **Anne Spiegel** wird ihr Amt nach Angaben ihres Ministeriums vom Donnerstag in einigen Tagen vorübergehend an Staatssekretärin **Christiane Rohleder** (beide Grüne) übergeben. Sie wird Spiegel vier



Monate lang vertreten. Die Ministerin erwartet ihr viertes Kind. Spiegels Mutterschutz beginnt am Samstag. Am 16. Juli will die 37-Jährige die Arbeit wieder aufnehmen. Mit dem Schritt wolle sie berufstätigen Frauen Mut machen, erklärte Spiegel in Mainz. *afp/FOTO: DPA*

■ Der nordkoreanische Außenminister **Ri Yong Ho** besucht Schweden. Ri werde seine schwedische Amtskollegin **Margot Wallström** treffen, teilte das Außenministerium in Stockholm am Donnerstag mit. Der Schritt könnte ein erstes Anzeichen dafür sein, dass Schweden bei einem möglichen Treffen zwischen US-Präsident Donald Trump und dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong Un als Gastgeber fungieren könnte. *ap*

## Ein Freund des freien Handels

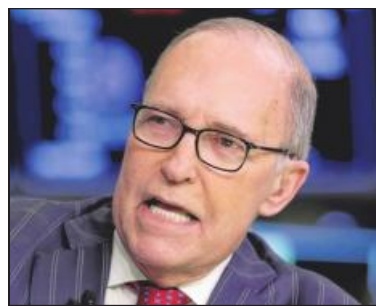
### DAS PORTRÄT US-Präsident Trump beruft Lawrence Kudlow zu seinem neuen Top-Wirtschaftsberater

Von unserem Korrespondenten  
DIRK HAUTKAPP

**WASHINGTON.** Streng zurückgekämmtes Haar, feine Nadelstreifen-Anzüge, oft knallbunte Kravatten. So kennt der wirtschaftsinteressierte US-Fernsehkonsument Lawrence Kudlow. Kollegen nennen den 70-Jährigen Larry. Freunde dürfen „Kuddles“ sagen, was lautmalersich an „Knuddeln“ erinnert.

Dabei ist der neue Top-Wirtschaftsberater von US-Präsident Donald Trump eigentlich kein Mann, den man gerne in den Arm nehmen würde. Wo immer er in New Jersey geborene Selfmade-Ökonom auftaucht (er hat keinen einschlägigen Uni-Abschluss, geschweige denn einen Dokortitel), wird leidenschaftlich bis provokant über den Zustand der amerikanischen Volkswirtschaft gestritten. Mit Kudlow als Bescheidwesser-in-Chief.

So noch in der vergangenen Woche, als er auf seiner Plattform, dem von der Wall Street geschätzten Fernsehsender CNBC, über die von



Larry Kudlow FOTO: AP

Trump verkündeten Strafzölle für auswärtige Stahl- und Aluminiumproduzenten herzog. Der US-Endverbraucher werde der klare Verlierer sein, da es sich de facto um eine Steuererhöhung handele, polterte der ursprünglich bei den Demokraten verortete Publizist. Genau das hatte Kudlows freiwillig abgetretener Vorgänger, der Goldman-Sachs-Banker Gary Cohn, auch gesagt. Warum Kudlow trotzdem in die Dienste des Präsidenten eintritt, mit dem er seit Jahren inner- und außerhalb des Fernsehens freundschaftlich verbunden ist, ist Analysten darum noch ein Rätsel.

Andere Ökonomen, solche mit Titel und internationaler Reputation, verdrehen die Augen. Sie haben nicht vergessen, dass Kudlow im Winter 2007 gegen den Strom schwamm und kategorisch ausschloss, dass es eine Rezession geben werde. „Die Rezessionsdebatte ist vorbei. Die Pessimisten liegen falsch. Es wird nicht passieren. Der Bush-Boom ist fit und gesund“, sagte er im Brustton der Überzeugung. Was für ein Fehlerteil. Wenige Monate später rollte die von einem maroden US-Bankensystem ausgelöste Finanz- und Wirtschaftskrise über die Welt.

Vorher war Kudlow – nach einem Job bei der Federal Reserve Bank in New York und einem Intermezzo im Haushaltsbüro des früheren US-Präsidenten Ronald Reagan – auf schillernden Wegen zum Chefökonom der Investmentbank Bear Stearns aufgestiegen. Lange bevor das Institut 2008 Pleite machte, musste Kudlow seinen Hut nehmen: Alkohol, Drogen. Und wie. Die „New York Times“ berichtete, dass Kudlow seinerzeit knapp 10 000 Dollar im

Monat für Kokain und Spirituosen verpulvert hat. Nach einer langen Entziehungskur konnte er seine Sucht überwinden und gilt seit fast 20 Jahren als trocken.

Dass Trump ihn beruft, spricht aus Sicht von US-Kommentatoren dafür, dass sich der Präsident nicht länger mit Bedenkenträgern umgeben will. Indiz: Kudlow lobte Trumps umstrittene Steuerreform über den grünen Klee. Der US-Wirtschaft, die abgehen werde „wie eine Rakete“, prophezeite er Wachstumsraten von jährlich fünf Prozent. Dadurch werde das Steueraufkommen wachsen, was wiederum den Schuldenstand abbaue.

Noch unklar ist, wie Kudlow den Sprung ins Trump-Boot bei einem anderen Thema schafft, das ihm ausweislich seiner TV-Sendungen am Herzen liegt: dem Freihandel. Kudlow, der einst sogar Sympathien für das inzwischen eingestampfte Handelsabkommen mit der EU (TTIP) erkennen ließ, hatte zuletzt mehrfach über die protektionistische Grundhaltung Trumps gemekelt.